

Pharos e.V. Stuttgart

Dr. Ragnar Müller (Vorsitzender)
Rastatter Straße. 22
D - 70499 Stuttgart
Tel.: +49 (0)711 50 43 62 54
Email: info@pharos-online.org
Web: www.pharos-online.org

Udruzenje Faros

Velida Salihovic
Ul. Muse Cazima Catica 6
BiH - 71000 Sarajevo
Tel: +387 (0)61 726 533
Web: www.faros-online.org



Sarajevo, den 14.06.2024

Liebe Mitglieder, Spender*innen und alle, die sich für unsere Arbeit interessieren,



hätte ich dieses junge Ehepaar einfach so auf der Straße gesehen, hätte ich niemals vermutet, dass sie zur Minderheit der Roma gehören und dass sie in größter wirtschaftlicher Unsicherheit leben. Der Vater von zwei Kindern ernährt seine Familie, indem er auf dem Flohmarkt verkauft. Senada stammt aus Mazedonien. Erst lange nach ihrer Ankunft in BiH vor etwa zehn Jahren wurde ihr klar, dass sie eine Aufenthaltsgenehmigung aus eigener Kraft niemals wird erhalten können. Zum Glück haben sie von uns gehört und sind jetzt in unserem Programm.

Auf dem Foto erkläre ich ihnen den Vertrag, den sie letzten Montag mit dem Verein Faros unterschrieben haben. Als ich ihn frage: Was ist denn Dein beruflicher Traum? Was wäre es, was Du gerne machen würdest und gut könntest?, sagt er ohne zu überlegen: Automechaniker! Wir blicken uns an und wissen beide: Das bleibt ein Traum. Als Familienernährer ein paar Jahre die Schulbank zu drücken, das kann sich die Familie nicht leisten. Diese paar Sekunden hatten eine Bitterkeit, dann kehren wir zu dem heiteren Gespräch zurück. Ihre Dankbarkeit über unsere Unterstützung vermischt sich mit Scham. Ich hätte mir nie träumen lassen, als junger Mensch, dass ich hier sitzen würde und ihre Hilfe brauche, sagt er. So fühlt es sich an, wenn ein Traum gestorben ist. Ich empfinde Hochachtung für die Lebensleistung der beiden, unter diesen Umständen Kinder großzuziehen.



Auch dieses junge Ehepaar ist bei uns im Programm. Selma stammt aus dem Kosovo und hat die serbische Staatsangehörigkeit. Als Kind kam sie Ende der 1990er Jahre mit ihren Eltern als Flüchtling. Der Flüchtlingsstatus ist irgendwann ausgelaufen, die Familie war mit Überleben beschäftigt, das Erfordernis der Aufenthaltserlaubnis war weder auf ihrem Schirm noch finanziell machbar. Jetzt gerade trägt unsere Mitarbeiterin Velida (rechts im Bild) die Unterlagen zusammen, damit sie bald ihren Antrag auf Aufenthaltsgenehmigung einreichen kann, bevor ihr dreimonatiges

Visum ausläuft, das sie dank uns bekommen hat.

Velida und ich verbringen mehrere Stunden mit ihnen und anderen jungen Eltern, die alle eines gemeinsam haben: sie sind – ohne dies beabsichtigt zu haben – aus dem System gepurzelt und führten ein Leben ohne gültige Ausweisdokumente, ohne Zugang zum Gesundheitswesen, ohne Einkommenssicherheit, ohne Zugang zum Arbeitsmarkt. Denn für all das braucht man einen Rechtsstatus. Dieser Vormittag mit den Menschen, für die wir uns einsetzen, hat mir extrem gut getan. Normalerweise komme ich mit ihnen nur noch in Form von Infos, Fotos und kopierten Dokumenten in Kontakt. Aber nur im direkten Kontakt mit ihnen kann ich sie fühlen, merke ich, dass sie meine Mitmenschen sind, die einfach so viel Pech gehabt haben im Leben und vielleicht aus Unwissenheit Entscheidungen getroffen haben, die dazu führten, dass sie zu rechtlich Unsichtbaren wurden. Mich erfüllt tiefe Dankbarkeit, dass wir seit 16 (!) Jahren Menschen zu etwas ganz Grundsätzlichem verhelfen können: Dazugehören. Ich danke allen, die mit ihren Spenden und Projektförderungen dazu beitragen.

Mit unserem neuen Projekt „Der Leuchtturm der Freiheit“ sind wir schon im dritten Monat. So langsam kehrt Routine ein im Kontakt mit dem Geldgeber USAID, der sich von anderen Förderinstitutionen dadurch unterscheidet, dass wir monatliche Berichte und Kostenabrechnungen abliefern und für alles mögliche Genehmigungen einholen müssen, die uns in unserem kreativen Arbeitsfluss manchmal ganz schön ausbremsen.

Was mir Lust und Vorfriede macht, ist die Vorbereitung der Medienkampagne, die unsere politische Lobbyarbeit begleiten wird. Wir wollen ja beim Parlament von Bosnien-Herzegowina eine Initiative zur Änderung des Einwohnermeldegesetzes in Gang setzen, das in seiner jetzigen Form so beschaffen ist, dass sozial Bedürftige, die z.B. in einem Haus wohnen, das nicht ins Grundbuch eingetragen ist, keinen Wohnsitz anmelden und keine Ausweisdokumente erhalten können.



Auf dem Bild seht ihr die Juristin Mirsada Bajramovic und ihre Mitarbeiterin Selma, eine junge Juristin und Abgeordnete im Stadtrat von Tuzla. Selma hat in den letzten Wochen eine Umfrage bei Sozialämtern im ganzen Land durchgeführt und Fallbeispiele gesammelt von Menschen, die durch ihre – armutsbedingte – Wohnsituation in der rechtlichen Unsichtbarkeit landen. Bei unserem Treffen vor zwei Wochen haben wir die Kommunikationsstrategie der Medienkampagne besprochen. Den Entwurf davon habe ich mit einem Profi erarbeitet, der schon lange für NGO

und Firmen Medienkampagnen plant und durchführt. Kennengelernt habe ich ihn in einem Marketing-Training von USAID, wo er als Referent auftrat. Ihn hat spontan unser Vorhaben interessiert, und er hat Faros pro bono ein paar Arbeitsstunden geschenkt. Er ist Spezialist für Werbung über Soziale Medien wie Facebook, Instagram und YouTube. Mit bezahlten Anzeigen kann man relativ zielsicher dafür sorgen, dass eine bestimmte Anzahl Menschen die Veröffentlichungen aufruft und wahrnimmt.

Seit gestern ist klar, welche Firma ein dreiminütiges Video zum Thema produzieren wird, das wir am 30. Juli, dem Internationalen Tag zum Kampf gegen Menschenhandel, über mehrere Fernsehsender und Soziale Medien im ganzen Land verbreiten wollen. Damit politische Entscheidungsträger sich für unser Nischenthema interessieren, braucht es massiv Öffentlichkeit. Der Höhepunkt wird ein großes Rundtischgespräch sein, das am 18. September im Parlamentsgebäude in Sarajevo stattfinden wird. Dort werden etwa 30 Fachleute die Frage diskutieren: Wie muss das Gesetz verändert werden, damit sozial Bedürftige in nicht anerkannten Unterkünften ihr Recht auf Rechtsfähigkeit verwirklichen können.

Ab diesem Tag werden wir intensiv Öffentlichkeitsarbeit leisten. Der Film wird erneut gezeigt, und wir werden dieses Thema über alle Kanäle sichtbar machen. Mithelfen wird auch das Programm „Hoffnung für Osteuropa“ der Diakonie Württemberg: der Geschäftsführer, Petür Thorsteinssohn, wird mit einer Kollegin der Diakonie und mindestens einem Journalisten kommen. Nun ist der nächste Schritt, zu entscheiden, wie die Diakonie beitragen kann, damit die politischen Institutionen unserer Gesetzesänderungsinitiative gewogen sind.

Wir haben wenig Zeit für unsere politische Lobbyarbeit. Ende Dezember dieses Jahres endet das Engagement unserer Partnerorganisation und die Arbeit der Juristinnen. Deshalb braucht es eine starke, konzertierte Aktion, damit im besten Fall die Initiative noch in diesem Jahr auf die Tagesordnung des Parlaments kommt.

Schon vor vier Jahren hat ein Parlamentsabgeordneter, Professor für Verfassungsrecht der Uni Tuzla, eine Änderungsinitiative eingereicht. Neben der Kompatibilität mit Menschenrechtsstandards enthält sie auch rechtliche Argumente, dass dieses Gesetz das Verfassungsrecht auf Rückkehr von Kriegsvertriebenen verhindere. Es ist wohl diese Komponente, die bei radikal gesinnten Politikern aus der Republika Srpska dazu führte, dass die Initiative nicht verabschiedet werden konnte. Auch nachfolgende Initiativen durch das Präsidiumsmitglied scheiterten. Als ich auf diese Informationen stieß, stieg Sorge in mir auf. Mir war nicht klar gewesen, dass wir es mit einem heißen politischen Eisen zu tun haben. Unsere Strategie ist deshalb klar: wir werden – leider – den Aspekt der Rückkehrer völlig ausblenden müssen und uns auf Menschen in Armut und Angehörige der Minderheit der Roma fokussieren, wenn wir eine Chance haben wollen, dass unsere Initiative durchkommt. Jedenfalls ein spannendes Vorhaben. Wenn es gelingt, haben unsere kleinen Leuchttürme etwas richtig Großes und Wichtiges erreicht. Bitte drückt uns die Daumen!

Ende Juli hört Ihr wieder von mir, dann schon mit einem deutsch Untertitelten Video und schönen Erfolgsgeschichten des Projekts im Rahmen der EU-Donauraumstrategie, mit dem wir geschafft haben, dass eine Reihe von Gesetzesveränderungen zum Thema „Krankenversicherung für alle“ verabschiedet wurden und nun in Kraft sind. Jetzt schon kann ich verraten, dass im Kanton Tuzla über 2000 sozial Bedürftige eine gesetzliche Krankenversicherung erhalten konnten! Das können wir als großen Erfolg feiern.

Herzliche Grüße nach Nordwesten! Eure und Ihre



Ingrid Halbritter